



Die Quellen

Bei seinen Studien zum »Kapital« konnte Karl Marx sich auf zahlreiche Arbeiten bürgerlicher Wissenschaftler stützen. Sie aufnehmend und kritisierend, entwickelte er seine politische Ökonomie. Ein Vorabdruck. Von Holger Wendt

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 13. SEPTEMBER 2017 · NR. 213 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Lobby beeinflusst

In Baden-Württemberg wird neuerdings flächendeckend das Schulfach »Wirtschaft« unterrichtet

3

Herkunft entscheidet

Forschungsministerin Wanka feiert OECD-Bildungsbericht. DGB beklagt lange Liste an Baustellen

4

Wahl beendet

In Norwegen ist das konservative Bündnis der Ministerpräsidentin nur knapp bestätigt worden

6

Masse bewegt

An Kataloniens Nationalfeiertag demonstriert eine Million Menschen für Unabhängigkeit

7

Widerständiges Frankreich



Hunderttausende Werktätige sind am Dienstag in Frankreich gegen die von Präsident Emmanuel Macron geplante Novellierung des Arbeitsrechts auf die Straße gegangen. Insgesamt waren 180 Kundgebungen und mehr als 4.000 Streiks im Vorfeld angekündigt worden. In Paris fand am Nachmittag die zentrale Demonstration statt. Zu dem Aktionstag hatte die linke Gewerkschaft CGT aufgerufen. Die Spitzen der anderen großen »Beschäftigtenvertretungen« hatten nicht zu den Protesten mobilisiert. Nur kleinere Syndikate und lokale Gliederungen hatten sich den Kundgebungen angeschlossen.

In ganz Frankreich kam es am Dienstag zu Verkehrsbehinderungen. Hunderte Flüge mussten gestrichen werden. Die Bahngesellschaft SNCF berichtete über Ausfälle bei den RER-Schnellbahnen im Pariser Großraum.

In Marseille (Foto), Rennes und Caen protestierten Tausende Menschen gegen die geplante Schleifung des Arbeitsrechts. In Marseille schloss sich der linke Oppositionsführer Jean-Luc Mélenchon den 60.000 Demonstranten an.

Der ehemalige Investmentbanker Macron will mit der Aushöhlung von Flächentarifverträgen und der Stärkung von »Betriebsvereinbarungen« die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften schwächen. Außerdem sehen die neoliberalen, von der CGT als »Loi Travail XXL« bezeichneten Pläne unter anderem vor, Entschädigungen für ungerechtfertigte Kündigungen zu deckeln. Die Gesetzesnovelle war Ende August vorgestellt worden. Sie soll noch im September vom Parlament, in dem Macron über eine große Mehrheit verfügt, beschlossen werden. (dpa/jw)

Türkei kauft Raketen in Russland



Moskau. Die Türkei kauft nach Angaben aus Moskau Flugabwehrraketen des Typs »S-400« aus Russland. »Der Vertrag ist unterzeichnet, seine Umsetzung wird vorbereitet«, sagte der Berater des russischen Präsidenten für militärtechnische Zusammenarbeit, Wladimir Koschin, der Nachrichtenagentur TASS am Dienstag. Zuvor hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan einheimischen Medien zufolge den Kauf bestätigt. Demnach hat Ankara bereits eine Anzahlung geleistet.

Es ist der größte jemals geschlossene Rüstungsvertrag zwischen dem NATO-Land Türkei und Russland. Das US-Verteidigungsministerium hatte bereits im Vorfeld das Geschäft kritisiert. Das Pentagon fürchtet um die »Kompatibilität« der Waffensysteme innerhalb des westlichen Kriegsverbündnisses, hieß es aus dem Verteidigungsministerium. (AFP/dpa/jw)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Ganztagsbetreuung: Städtetag für Ausbau

Kassel. Der Deutsche Städtetag hat die Länder aufgefordert, die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder auszubauen. »Der Bedarf an ganztägiger Betreuung und Förderung von Kindern in den Grundschulen wächst seit Jahren«, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Eva Lohse (CDU), laut Mitteilung am Dienstag in Kassel nach einer Tagung des Verbandes. »Die für die Schulen zuständigen Länder sollten dafür das nötige Geld in die Hand nehmen und dabei auch vom Bund unterstützt werden«, erklärte Lohse, die zugleich Oberbürgermeisterin von Ludwigs-hafen ist. Für einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung, wie er derzeit auf Bundesebene diskutiert werde, sei die kommunale Jugendhilfe weder finanziell noch organisatorisch geeignet. Die meisten Ganztagsschulplätze seien mit Unterstützung des Bundes durch die Länder geschaffen worden. (dpa/jw)

Im Gericht festgesetzt

NSU-Prozess: ■ Bundesanwaltschaft fordert hohe Haftstrafen – für Zschäpe lebenslang mit Sicherungsverwahrung. Mitangeklagter Eminger in Gewahrsam. Von Christiane Mudra

Als der Vorsitzende Richter Manfred Götzl am Dienstag im Münchner NSU-Prozess die Sitzung unterbrach, um über den von der Bundesanwaltschaft beantragten Haftbefehl zu beraten, durfte André Eminger den Sitzungssaal nicht einmal zum Rauchen verlassen.

Das Oberlandesgericht München will am heutigen Mittwoch in nichtöffentlicher Sitzung entscheiden, ob der Neonazi kurz vor dem Ende der Hauptverhandlung doch noch in Untersuchungshaft muss. Zunächst wurde Eminger in die JVA Stadelheim gebracht, wo Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben seit Prozessbeginn einsitzen. Den Kontakt unter den Angeklagten untersagte Götzl ausdrücklich.

Emingers Verteidiger wies darauf hin, dass der Angeklagte eine bereits gepackte Reisetasche in seinem Hotelzimmer habe, da der mit einer möglichen Verhaftung gerechnet habe. Szeneangehörige auf der Zuschau-

ertribüne, unter ihnen der 2005 verurteilte Rechtsterrorist Karl-Heinz Statzberger und der ehemals Beschuldigte André Kapke aus Jena, ein enger Freund der Familie Wohlleben und des NSU-Kerntrios, zeigten Gesten der Unterstützung.

Nebenklagevertreter hatten argumentiert, die europaweite Vernetzung Emingers innerhalb der rechten Szene berge ein zusätzliches Fluchtrisiko. Zuvor hatte Bundesanwalt Herbert Diemer zwölf Jahre Haft für ihn gefordert – unter anderem wegen Beihilfe zum versuchten Mord und Beihilfe zum besonders schweren Raub. Sein menschenverachtender politisch-ideologischer Hintergrund habe ihn für den NSU zu einem »verlässlichen Anker, zu einem Stein in der Brandung« gemacht, so Diemer am Dienstag. Die Bundesanwaltschaft hält die Taten Emingers mit denen Wohllebens im Ergebnis für vergleichbar und somit eine deutliche Reaktion der Justiz für

angezeigt. So wurde auch für letzteren, für die Beihilfe an neun NSU-Morden, eine Haftstrafe von zwölf Jahren gefordert.

Carsten S., der wie Wohlleben an der Beschaffung der Tatwaffe beteiligt war und seit vielen Jahren aus der rechten Szene ausgestiegen ist, soll nach Jugendstrafrecht verurteilt werden. Weil er durch sein umfassendes Geständnis zu Beginn des Verfahrens Wohlleben schwer belastet und zur Aufklärung entscheidend beigetragen hatte, forderten die Ankläger für S. drei Jahre Haft.

Holger Gerlach soll für seine maßgeblichen Unterstützungshandlungen für fünf Jahre ins Gefängnis. Er hatte für Uwe Bönnhardt einen Führerschein und einen Reisepass mit seinen eigenen Personalien beantragt und Zschäpe über eine Bekannte eine Krankenversichertenkarte beschafft.

Für die Hauptangeklagte fordert Diemer lebenslange Haft in 14 Fällen bei besonderer Schwere der Schuld

sowie Sicherungsverwahrung. Letzteres hat das Bundesverfassungsgericht 2011 für verfassungswidrig und nur zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für geboten erklärt. Diemer hält es in diesem Fall für verhältnismäßig. Zschäpe habe eine fest verwurzelte Neigung zu ideologisch motivierten Gewaltverbrechen und sei deshalb zum jetzigen Zeitpunkt für die Allgemeinheit gefährlich. Bei der »Intelligenz, der Energie und der Sozialkompetenz« der Angeklagten sei eine Kriminaltherapie aber nicht aussichtslos.

Nach diesen Strafmaßforderungen bleibt abzuwarten, wie die Bundesanwaltschaft mit den übrigen Ermittlungsverfahren umgehen wird. Abgesehen von Kapke, gegen den das Verfahren inzwischen eingestellt wurde, wird gegen acht weitere mutmaßliche NSU-Unterstützer ermittelt. Ein weiteres Verfahren läuft gegen Unbekannt.

jw wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)

www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607